

Auf Ingenieurhilfe bauen

Bundesingenieurkammer



Dr.-Ing. Heinrich Bökamp

Zerstörte Wohnhäuser, Schulen, Einkaufszentren, Straßen, Brücken und unfassbar traurige Schicksale, die damit verbunden sind. Die Bilder, die uns seit Wochen Tag für Tag aus der Ukraine erreichen und das menschliche Leid dahinter sind schrecklich. Derzeit ist es nur schwer vorstellbar, dass es irgendwann wieder ein Leben nach dem Krieg geben wird. Aber es ist wichtig, fest daran zu glauben. Und bis dahin gilt es, die Menschen dort, wie auch die zu uns Geflüchteten, bestmöglich zu unterstützen.

Den Worten müssen Taten folgen

Auch die Ingenieurinnen und Ingenieure sind hierbei gefragt. Daher hat sich die Bundesingenieurkammer (BingK) dem Appell der Kammern und Verbände der planenden Berufe angeschlossen. Dieser verurteilt den unmenschlichen Angriff auf die Ukraine und ihre Bürgerinnen und Bürger durch russische Truppen. 13 Ingenieur- und Architektenverbände sprechen den Menschen in der Ukraine in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre Solidarität aus und bieten darin konkrete Hilfe und Unterstützung an. Da mir die Lage in der Ukraine aber auch ein ganz persönliches Anliegen ist, habe ich darüber hinaus in einem Schreiben an den Präsidentenkollegen des Ukrainian Council of Civil Engineers die Solidarität der BingK und der Länderingenieurkammern mit den ukrainischen Kolleginnen und Kollegen ausgesprochen. Doch den Worten müssen Taten folgen – auch und vor allem nach einer hoffentlich baldigen Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen. Hier können und werden wir den Menschen in der Ukraine bei fachlichen wie technischen Fragen unsere Hilfe anbieten und ihnen mit all unserer Planungs- und Bauexpertise zur Seite stehen.

Unterstützung in beruflichen Fragen

Bereits jetzt bieten viele Länderkammern ukrainischen Kolleginnen und Kollegen ihre Unterstützung in beruflichen Fragen an. Selbstverständlich beteiligen wir uns auch an dem vom BFB initiierten Jobportal und freuen uns sehr über die große Resonanz. Bedauer-



licherweise sieht es derzeit nicht nach einem schnellen Ende des Krieges aus. Doch wir geben die Hoffnung nicht auf. Und bis es soweit ist und ganz besonders danach kann die Ukraine, können die Ukrainerinnen und Ukrainer auf die Hilfe von uns Ingenieurinnen und Ingenieuren bauen. ■

Dr.-Ing. Heinrich Bökamp ist Präsident der Bundesingenieurkammer (BingK) und BFB-Vizepräsident.

Rechtliche Hilfe auf vielen Wegen

Deutscher Anwaltverein



Dr. Sylvia Ruge

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) geht vielfältige rechtliche und politische Wege, um im Kontext der Ukraine-Krise Hilfe zu leisten. So bietet der DAV ein Patenschaftsprogramm an, um den geflüchteten Kolleg:innen eine vorübergehende Heimat zu ermöglichen – in beruflicher wie tatsächlicher Hinsicht. Auf der DAV-Website finden sich auch zahlreiche Informationen für Geflüchtete sowie für inländische Helfer:innen, etwa zu Rechtsberatung, Fortbildungen oder Jobsuche. Der Verband hat überdies den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mehrfach öffentlich angeprangert.

Über die DAV-Patenschaftsplattform können sich ukrainische Kolleg:innen über ein mehrsprachiges Formular registrieren und die Hilfsangebote von Mitgliedern vermitteln lassen – primär für die Bereitstellung von Wohnraum. Über 50 ukrainische Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und ihre Familien fanden so bereits eine vorübergehende Unterkunft. In einigen Fällen hat sich daraus aber auch eine berufliche Zuflucht ergeben, etwa durch einen temporären Arbeitsplatz oder eine kollegiale Partnerschaft.

Informationen und Unterstützung für Geflüchtete und Helfende

Das Ukraine-Portal auf der DAV-Website bietet aktuelle Informationen für ukrainische Geflüchtete, auch dank der Unterstützung durch die DAV-Arbeitsgemeinschaften Migrationsrecht und Sozialrecht. Betroffene finden hier etwa einen Leitfaden zum Zugang zu Sozialleistungen, Tipps und Links zum Aufenthalt sowie Hinweise zur anwaltlichen Niederlassung. Über die DAV-Anwaltssuche können Betroffene spezialisierte Kolleg:innen kontaktieren. Einige örtliche Anwaltvereine organisieren den Zugang zu kostenloser Rechtsberatung. Wer von deutscher Seite aus helfen möchte, findet hier auch Möglichkeiten für Pro-bono-Engagement; Unterstützung gibt

es durch verschiedene kostenlose Fortbildungsveranstaltungen. Wer finanziell helfen möchte, findet auf der Website einen Spendenaufruf der Ukrainischen Nationalen Anwaltsassoziation.

Politisches Engagement und öffentliche Verurteilung

Um auch politisch klare Zeichen zu setzen, hat der DAV mehrfach den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als solchen angeprangert. In einer gemeinsamen Erklärung mit der Bundesrechtsanwaltskammer sowie in einem gemeinsamen Statement mit den Anwaltschaften der G7-Staaten verurteilt der DAV die russische Militärintervention als gravierenden Bruch des Völkerrechts (siehe auch Seite 45). In einem gemeinsamen Unterstützungsschreiben mit den Pariser und Warschauer Anwaltskammern (Weimarer Dreieck der Anwaltschaften) drückt der DAV seine Solidarität insbesondere mit allen Angehörigen der Rechtsberufe in der Ukraine aus. ■

Rechtsanwältin **Dr. Sylvia Ruge** ist Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Anwaltvereins (DAV).



© stock.adobe.com/xtock

Unterstützung, Orientierung und Vernetzung

BBK und IGBK

Der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) engagiert sich gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste (IGBK) für Künstlerinnen und Künstler aus der Ukraine. Der BBK ist einer der drei Mitgliedsverbände der IGBK und die IGBK zentrale Plattform für alle berufsständischen Angelegenheiten des Bundesverbands mit internationalem Bezug.

BBK und IGBK – wichtige Vernetzung und überregionaler Austausch

Seit April 2022 organisiert die IGBK Ukraine-Vernetzungstreffen für regionale Einrichtungen, die sich für Kulturschaffende aus der Ukraine einsetzen, sei es mit Unterkunfts- und Arbeitsmöglichkeiten oder auch mit Spendenaktionen und Ausstellungen. Viele BBK-Landes- und Regionalverbände nehmen regelmäßig an diesen

Treffen teil und verbreiten die Einladungen in ihrem Mitgliederkreis. Aktuelle Förder- und Informationsangebote in Deutschland und im internationalen Kontext werden bei diesen Treffen vorgestellt. Zentral ist der Erfahrungsaustausch zu den besonderen Herausforderungen, vor denen Initiativen stehen, wenn Künstlerinnen – meist sind es Frauen, die in vielen Fällen mit Kindern und älteren Menschen geflüchtet sind – psychosoziale Unterstützung oder Orientierungshilfe bei Behördengängen benötigen.

Auch die Websites von BBK und IGBK nennen Informationsstellen, empfehlenswerte Förderprogramme auf Länder- und Bundesebene sowie weitere Unterstützungsmaßnahmen im internationalen Kontext. Und telefonisch und per E-Mail vermittelt die IGBK einzelnen Kulturschaffenden Kontakte zu weiteren unterstützenden Initiativen in Deutschland.

touring artists – FAQs und Beratungsangebot

Über die enge Verbindung zur IGBK hat der BBK auch die Möglichkeit, Hilfesuchende an das kostenlose Beratungsangebot von touring artists zu verweisen. touring artists ist ein spartenübergreifendes Projekt der IGBK, des Internationalen Theaterinstituts (ITI) Deutschland und des Dachverbands Tanz Deutschland, welches mit einem Online-Portal Orientierung für international tätige Kulturschaffende bietet und auch aus der Ukraine geflüchtete Kreative informiert, zum Beispiel mit FAQs zum Aufenthalts- und Sozialrecht.

Förderprogramme des Bundes für bildende Künstlerinnen und Künstler aus der Ukraine in Deutschland

Eine besonders hervorzuhebende Unterstützung im Bereich der bildenden Kunst vonseiten des Bundes ist die Matching-Plattform des Goethe-Instituts und der Organisation Artists at Risk. Seit Mai 2022 können Kultureinrichtungen aus Deutschland ihre Unterstützungsangebote, zum Beispiel Residenzen, an diese Plattform übermitteln. Kleinere Institutionen können sich auch um eine finanzielle Förderung bewerben. Gleichzeitig tragen sich Künstlerinnen und Künstler aus der Ukraine auf der Suche nach Unterstützung auf dem Portal ein. Ein deutsch-ukrainisches Team von Kuratorinnen und Kuratoren vermittelt. Die finale Auswahl liegt bei der Institution, die das Programm anbietet.

Zusammen mit der Kulturstiftung des Bundes hat das Goethe-Institut außerdem einen Nothilfefonds mit Stipendien für Kulturschaffende in und aus der Ukraine aufgesetzt. Und seit Mitte Juli 2022 ist nun auch das Sonderförderprogramm »Residenzen für bildende Künstler:innen aus der Ukraine« der Stiftung Kunstfonds veröffentlicht, welches seine Mittel ebenfalls von der Kulturstiftung des Bundes erhält.

Auch auf Länderebene ist eine Vielzahl an niedrigschwelligen Förderprogrammen und Plattformen eingerichtet worden. Weitere Informationen dazu finden sich unter anderem auf der IGBK-Website.

Europäische Vernetzung

Europäische Vernetzung ist auch beim Thema Ukraine wichtig, sowohl in Hinblick auf den künstlerisch-politischen Austausch als auch in Bezug auf Best-practice-Beispiele. Über die International Association of Art (IAA) Europe, ein Zusammenschluss von mehr als 40 Interessenvertretungen für bildende Künstlerinnen und Künstler in Europa, ist die IGBK und damit auch der BBK in den Diskurs

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine mussten auch viele bildende Künstlerinnen und Künstler ihr Land verlassen. In kürzester Zeit hat eine beeindruckende Vernetzung von regionalen und internationalen Künstlerverbänden für Informations- und Unterstützungsangebote stattgefunden. Gemeinsam mit der IGBK engagiert sich der BBK mit vielfältigen Aktivitäten.

eingebunden. Im April 2022 fand ein IAA Europe Talk zum Thema Ukraine statt. Zu den Teilnehmenden gehörte unter anderen Konstantin Chernyavsky aus Kiew, der Vorsitzende der National Union of Artists of Ukraine. Chernyavsky schilderte den Alltag im Krieg und betonte, wie wichtig es für ukrainische Künstlerinnen und Künstler sei, in das Netzwerk europäischer, demokratischer Künstlerorganisationen eingebunden zu sein. Auch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus EU-Mitgliedsstaaten wie Estland, Lettland, Finnland oder Polen – geografische Nachbarn Russlands beziehungsweise der Ukraine – hat sich vor dem Hintergrund des Kriegs stark intensiviert und an Bedeutung gewonnen.

Hilfe von Staat und Zivilgesellschaft

Nicht nur die notwendigen Programme auf Bundes- und Länderebene und die vergleichsweise unbürokratischen Einreise- und Aufenthalts-Regelungen helfen aus der Ukraine geflüchteten Kulturschaffenden. Es sind vor allem Künstler- und Kulturverbände, lokale und regionale Kulturinitiativen und kleine Kunsteinrichtungen, die mit ihrem Engagement für Solidarität und Zusammenhalt sorgen und in der Not ganz konkret helfen.

In der Krise hat sich auch die langfristige Kooperation unter den Verbänden bewährt, die nun eine schnelle und direkte Vernetzung von kleinen regionalen Initiativen mit gleichgesinnten Engagierten in Deutschland und in Europa ermöglicht. Es ist nicht abzuschätzen, wie lange der Krieg noch dauern wird, wie viele Künstlerinnen und Künstler längerfristig in Deutschland leben werden und wie viele zeitnah in die Ukraine zurückkehren können. Sicher aber ist: Es werden weiter gut koordinierte und praxisnahe Hilfsprogramme benötigt. ■

Weiterführende Links

www.bbk-bundesverband.de
www.igbk.de/de/wir-vernetzen
www.touring-artists.info
www.goethe.de
www.kunstfonds.de

Zahnärzteschaft leistet schnelle und unbürokratische Hilfe

Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung



Prof. Dr.
Christoph Benz



Dr. Wolfgang Eßer

Die Zahnärzteschaft in Deutschland bekennt sich ausdrücklich zu Werten wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit. Angesichts des Überfalls Russlands auf die Ukraine haben Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und Bundeszahnärztekammer (BZÄK) den brutalen Angriffskrieg bereits vor Wochen entschieden verurteilt und zugleich den Gesetzgeber gebeten, die notwendigen Rahmenbedingungen zur bundesweiten unbürokratischen zahnmedizinischen Versorgung der Geflüchteten zu schaffen.

Medizinische Versorgung behindert

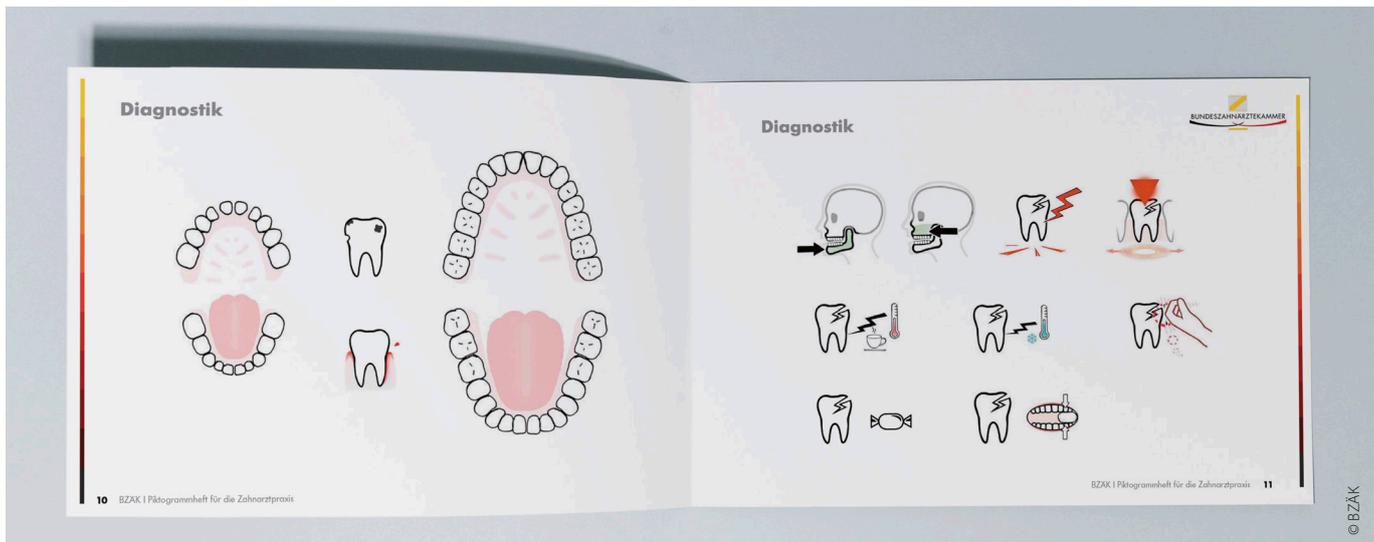
Durch die beispiellose Aggression Russlands ist die medizinische und humanitäre Versorgung der ukrainischen Bevölkerung gezielt behindert. Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Bomben und Terror. In Angst um ihr Leben und vor den Gräueln des Krieges sind sie in europäische Nachbarländer und auch nach Deutschland geflohen. Diese Menschen benötigen dringend Hilfe, viele Flüchtlinge aus der Ukraine sind traumatisiert und auf medizinische Versorgung angewiesen.

Die Zahnärzteschaft trägt ihren Teil dazu bei, dass diese Versorgung gewährleistet ist. Gemeinsam und unbürokratisch hilft der Berufsstand überall dort, wo Hilfe benötigt wird. Das gilt für Zahn-

ärztinnen und Zahnärzte als Angehörige eines Heilberufs insbesondere für die zahnmedizinische Versorgung.

Zahnmedizinische Behandlung von Geflüchteten

Rechtsgrundlage für Geflüchtete hierfür ist grundsätzlich das Asylbewerberleistungsgesetz. Aufgrund der reinen Länderzuständigkeit für dessen Vollzug konnten hinsichtlich der Versorgung der Geflüchteten trotz politischer Bemühungen der KZBV seitens des Gesetzgebers bislang keine bundeseinheitlichen konkretisierenden Regelungen festgelegt werden. Die jeweils geltenden Regularien sowie konkrete Detailfragen zu Leistungserbringung und Abrechnung bei der Behandlung von registrierten Geflüchteten



Piktogrammheft für die Zahnarztpraxis

müssen daher im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) mit den jeweils zuständigen unterschiedlichen Leistungs- und Kostenträgern geklärt werden. Dies sind entweder die dazu auf Landesebene bestimmten Behörden – in der Regel die Sozialämter – oder – bei einer durch das Land beauftragten Behandlungsübernahme – die Krankenkassen.

Zum 1. Juni 2022 hat sich die Gesetzeslage allerdings dahingehend geändert, dass hilfebedürftige geflüchtete Menschen aus der Ukraine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhalten können, wenn sie registriert sind. Auf diese Weise erhalten sie auch einen regelhaften Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Aus der Ukraine geflüchteten Menschen, die nicht hilfebedürftig sind, wird ein Beitrittsrecht zur GKV eingeräumt.

Für die Behandlung noch nicht registrierter Geflüchteter gibt es bislang kein geregelttes Verfahren. Soweit es die Behandlungssituation solcher Patientinnen und Patienten erlaubt, sollten Zahnärztinnen und Zahnärzte daher vor Beginn einer Behandlung über ihre KZV oder direkt mit dem jeweils zuständigen Kostenträger klären, ob die Kosten für die Versorgung übernommen werden.

Um Sprachprobleme bei der Behandlung zu bewältigen, bietet die BZÄK auf ihrer Website unter www.bzaek.de/recht/behandlung-von-asyllbewerbern-und-asyllbewerberinnen.html ein Piktogrammheft sowie fremdsprachige Formulare an. Diese wurden um Versionen in ukrainischer Sprache ergänzt (Patienteninformation, Anamnesebogen, Fragebogen für Notfallbehandlungen).

Die KZBV hat auf der Sonderseite www.kzbv.de/zahnbehandlung-fluechtlinge-ukraine ebenfalls hilfreiche Informationen für Zahnarztpraxen für die Versorgung von Geflüchteten zusammengefasst. Dazu zählen etwa Angaben zu Themen wie Leistungsgewährung und Abrechnung.

Spendenaktion des Hilfswerkes Deutscher Zahnärzte

Um schnell und zielgerichtet Hilfsgüter aller Art und sichere Unterkünfte bereitzustellen sowie humanitäre Hilfe zu leisten, hat das Hilfswerk Deutscher Zahnärzte (HDZ) gemeinsam mit der BZÄK und

der KZBV bereits kurz nach Ausbruch des Krieges einen Spendenaufruf gestartet (www.stiftung-hdz.de). Die daraufhin von der Zahnärzteschaft gezeigte Solidarität war überwältigend, mit den Spendengeldern konnten bereits erste Hilfsaktionen auf den Weg gebracht werden. Beispielsweise wurde ein zur mobilen Zahnstation umgebauter Rettungswagen, mit dem Geflüchtete an der Grenze zur Ukraine umfangreich versorgt werden können, mit rund 12.000 Euro unterstützt. Zudem trug die Ukrainian Dental Association dem HDZ eine Liste mit benötigten Dingen zu, vor allem Notfallmedikamente wie blutstillende Arzneien waren gefragt. Erste Lieferungen sind auf den Weg gebracht.

KZBV und BZÄK unterstützen Regierungsmaßnahmen

Die Europäische Union (EU) hat die Geltung der Massenzustromrichtlinie für die ukrainischen Flüchtlinge beschlossen, die als regulativer Rahmen für eine EU-weite, koordinierte Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine dient. Dies war ein wichtiger Schritt. Zentrale Aspekte dabei sind die medizinische Versorgung und der Anspruch auf Krankenversicherungsschutz. KZBV und BZÄK setzen sich weiterhin dafür ein, dass schutzsuchende Menschen flächen-deckend, schnell und unbürokratisch in Zahnarztpraxen versorgt werden. ■

Prof. Dr. Christoph Benz ist Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und BFB-Vorstandsmitglied.

Dr. Wolfgang Eßer ist Vorsitzender des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) und BFB-Vizepräsident.



Überwältigende Spenden der Ärzteschaft

Landesverband der Freien Berufe Sachsen

Knut Köhler M.A.

Auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt die Ärzteschaft die Menschen in der Ukraine. Vielfältige Aktionen tragen seit Februar 2022 dazu bei, die humanitäre Notlage der Geflüchteten in der Ukraine wie auch in Deutschland und anderen Ländern zu mildern. So hat die Bundesärztekammer (BÄK) bereits wenige Tage nach dem russischen Angriff ein Registrierungsportal freigeschaltet. Dort können sich Ärztinnen und Ärzte aus Deutschland zur Vor-Ort-Unterstützung der medizinischen Infrastruktur in der Ukraine und der medizinischen Versorgung geflüchteter Menschen in den Nachbarstaaten der Ukraine melden.



links: Übergabe des Krankentransportwagens an der polnisch-ukrainischen Grenze
rechts: Zehn Pflegebetten wurden vom Krankenhaus Großschweidnitz gespendet und mithilfe eines Traktors in den LKW gehoben.

ärztebund (WMA), der Ständige Ausschuss der Europäischen Ärzte und das Europäische Forum der Ärztenverbände in der WHO-Europaregion gemeinsam mit den Ärztekammern von Polen und der Slowakei sowie dem slowakischen Ärzteverband den »Ukraine Medical Help Fund« ins Leben gerufen. Bereits Anfang Mai waren dort über 2,2 Millionen Euro an Spendengeldern eingegangen.

Ziel des Spendenfonds ist es, in Kooperation mit dem ukrainischen Ärzteverband und anderen Partnern in der Ukraine Arzneimittel und medizinische Güter in die Ukraine zu schicken und den Bedürftigen dort zukommen zu lassen. Die Sächsische Landesärztekammer (SLÄK) beispielsweise ist in die Organisation einer solchen Spendenaktion des WMA eingebunden. Dabei geht es um Medizintechnik und Ausrüstung für den Oblast Cherkassy (Oblast = ukrainische Bezeichnung für ein Verwaltungsgebiet) und ein Perinatalzentrum in Mikolajiw. Gespendet werden sollen unter anderem Geburtsbetten, Anästhesie- und Beatmungsgeräte für Kleinkinder, Überwachungsmonitore sowie Sauerstoffgeneratoren.

Aufgrund ihrer Erfahrungen aus zwei Spendenaktionen kann die SLÄK dabei auf ein sehr effizientes Netzwerk für die Beschaffung, Logistik und Kommunikation zurückgreifen. Bereits im März hat sie Krankenhausbetten, Medikamente, Medizintechnik, Verbandsmaterial und einen Krankentransportwagen an Krankenhäuser in Novovolynsk und Kiew übergeben. Daneben hatten sich weitere Organisationen diesem Hilfstransport angeschlossen, sodass zusätzlich Heil- und Hilfsmittel, Feuerwehrhelme und Schutzwesten bereitgestellt werden konnten. Bei einem zweiten Transport Anfang Mai wurden vor allem Betäubungsmittel in die Ukraine nach Shtyomyr geliefert, ab der polnisch-ukrainischen Grenze mit Polizeischutz.

»Ich danke allen Beteiligten für die enorme Hilfsbereitschaft, solche Transporte zu ermöglichen«, betont Erik Bodendieck, Präsident der SLÄK. »Das Leid der Menschen in der Ukraine ist unvorstellbar. Unsere humanitäre Spende soll hier ein wenig Unterstützung bei der medizinischen Versorgung leisten.«

Aufgrund der anhaltenden schwierigen Lage ist weitere bedarfsgerechte humanitäre Hilfe notwendig. Daher ist es nur zu begrüßen, wenn andere Ärztekammern, Krankenhäuser, Arztpraxen und Einzelpersonen sich weiterhin für eine direkte Unterstützung einsetzen. Die SLÄK unterstützt derzeit mit ihrem Netzwerk, wie dem Verein »Hope for Ukraine« aus Dresden, Anfragen aus Bayern, Hessen, die Stiftung »Kinder von Tschernobyl« des Landes Niedersachsen sowie die Kreisärztekammer Vogtland. ■

Die Resonanz ist beeindruckend. Innerhalb weniger Wochen haben sich über 1.300 Ärztinnen und Ärzte für einen Einsatz gemeldet. Bis heute wurden jedoch von Seiten der Ukraine und der Anrainerstaaten keine entsprechenden Bedarfe kommuniziert.

Die über das Portal registrierten Ärztinnen und Ärzte werden auch über die Möglichkeit humanitärer Hilfeinsätze im Rahmen von Emergency Medical Teams informiert. Hilfsorganisationen wie der Arbeiter-Samariter-Bund oder die Johanniter-Unfallhilfe qualifizieren Angehörige des Gesundheitssektors dazu, ihre medizinische Expertise in internationalen Gesundheitskrisen einzubringen. Nach einem Rekrutierungs- und Ausbildungsprozess können die Einsatzkräfte ehrenamtlich für die jeweiligen Organisationen in den humanitären Einsatz gehen.

Gleichzeitig setzt sich die BÄK dafür ein, allen Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland geflohen sind, einen schnellen, unbürokratischen und bundesweit einheitlichen Zugang zur medizinischen Versorgung zu ermöglichen. Mit der Gesundheitskarte für Geflüchtete gibt es bereits einen unkomplizierten Weg, die medizinische Versorgung dieser Menschen zu gewährleisten. Leider sind noch nicht alle Bundesländer und Kommunen einem entsprechenden Rahmenvertrag beigetreten. In einer gemeinsamen Erklärung mit weiteren ärztlichen Verbänden forderte die BÄK die politisch Verantwortlichen dazu auf, dies schnellstmöglich nachzuholen.

Darüber hinaus engagiert sich die BÄK auch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in internationalen Ärztenverbänden. So haben der Welt-

Knut Köhler M.A. ist Presseverantwortlicher des Landesverbands der Freien Berufe Sachsen (LFB Sachsen).

Freiheit bedeutet, Verantwortung zu übernehmen

Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen



Bernd Zimmer

Dass sich in der Krise Charakter und Stärke zeigen, haben die Freien Berufe während der Pandemie und der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen deutlich unter Beweis gestellt. Und mit gleicher Bestimmtheit geschieht das auch jetzt.

Der kriegerische Überfall auf die Ukraine, durch den Menschen mitten in Europa von ihren Familien getrennt in Notunterkünften leben müssen, ihnen Beruf, Ausbildung, Studium, Beschulung, der Kindergarten und Elternteile durch Kriegseinsatz oder sogar Tod genommen sind – und denen ein Verbleib in ihrer Heimat nicht mehr möglich ist –, ist von den Freiberuflerinnen und Freiberuflern augenblicklich als vielschichtige schwerste humane Krisensituation erfasst worden. Beeindruckend hierbei sind Selbstverständnis und Geschwindigkeit, mit welcher wir Hilfeleistungen nicht nur geldlicher Art sondern auch spezifisch aus den Professionen geschaffen haben. Vom Spendenaufruf, physische und psychische Versorgung, multi-linguale Sprechstunden oder Unterstützung zur Integration in Ausbildung und Beruf. Die Freien Berufe helfen – durch die Kammer- und Verbandsstrukturen begünstigt – kurzfristig, gut koordiniert und agieren regional und direkt dort, wo die Hilfe benötigt wird.

Eine Tugend der Freien Berufe ist unser Verständnis von Freiheit. Denn durch das »Frei« in Freie Berufe wissen wir um das Privileg eigenverantwortlichen Handelns und die damit einhergehenden Notwendigkeiten von Verantwortungsübernahme und Durchhalten auf schwierigem Weg. Das Subsidiaritätsprinzip dient als Leitmotiv, frei zu agieren und selbstständig Lösungen in einer

demokratischen Gesellschaft herbeizuführen. Dinge aus eigenen, freien Stücken machen zu können, ist eine hohe Form von Freiheit. Sie ist, als eines der höchsten menschlichen Güter überhaupt, maximal schützenswert. Es sollte daher immer Selbstverständnis sein, Menschen zu helfen, denen dieses Gut genommen wurde oder denen die Wegnahme droht. Gemeinwohlorientierung kennt keine Staatsgrenzen – sie ist eine Grundhaltung, die uns genauso auszeichnet wie unser Verständnis von Freiheit. Somit treten wir den Beweis an, dass sich Wirtschaft und Gemeinwohl nicht gegenseitig ausgrenzen, sondern gut ergänzen können – zum Wohle der Menschen überall.

Freiheit und aus ihr erwachsende Demokratie sind weltweit höchste Werte einer humanen Gesellschaft. Sie sind unschätzbar wertvoll, sodass Menschen jetzt auch in Europa dafür ihr Leben riskieren und kämpfen – bis auf den Tod. Sie und ihre Familien brauchen unsere Hilfe, mit langem Atem und durch kalte Winter, mit allem, was wir können und geben können. ■

Bernd Zimmer ist Vorsitzender des Verbands Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen (VFB NW).